

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

### 1743000 Arbeitslose!

Fr. In unsern politischen Gefilden ging es die letzte Zeit recht lebhaft zu. Am geschäftigsten im Reichstag, dessen treuen Händen und hoher Weisheit unser Wohlergehen überliefert ist. Er hatte neben gleich nützlichen Dingen den Flaggengstreit auszufechten, eine Kabinettskrise zu überwinden und ein neues Ministerium auf die Beine zu stellen. Das ist allerhand für ein paar Wochen. Und da wird schlankweg behauptet, der Reichstag tue nichts. Die Flaggengeschichte hatte ihm der Reichsanwalt Luther angebreitet. Er wollte, weil es ein paar Tausend ausgewanderte Deutsche wünschten, deren Deutschtum in ihrem Geschäft aufgeht und vielleicht auch einmal für einen deutschen Wohltätigkeitsverein tanzen, die Flagge der Republik hinter dem Rücken der Volksvertretung ändern. Für dieses Unterfangen ist er gestürzt worden. Das ist eigentlich schade. Denn nun ist er verhindert, sich weiter für uns zu opfern. Statt dessen muß er sich nun auf der lieblichen Galerie langweilen, die der unbezahlbare Michaelis mit dem uns teuern Cuno zieren. Als Luthers Nachfolger wurde der Zentrumsmann Dr. Marx erkoren, dem die bisherigen Minister beigegeben sind. Obgleich alle diese Herren an der Flaggengeschichte nicht weniger schuld sind als Luther, erhielten sie das Vertrauen des Reichstages. Man möchte fast meinen, man hätte dann auch Luther lassen können. Er hätte dann sicherlich sein Versprechen von wegen dem Preisabbau eingelöst. Nun haben wir ihn verloren, aber alle seine Ministerkollegen haben wir noch. Deren bisheriges Tun gestattet zu sagen, daß auch weiterhin eine Politik getrieben wird, die Respekt gebietet. So wird dann unter dem neuen Kabinett unser Schicksal ebenso betreut sein, wie unter dem alten.

Trotz dieser erbaulichen Aussicht können wir nicht umhin, zu fragen, was denn nun eigentlich die Regierung zur Eindämmung der Wirtschaftskrise zu tun gedenkt. Wir haben noch immer 1 743 000 Vollarbeitslose und vielleicht fast die doppelte Zahl Kurzarbeiter. Das heißt, wir haben in Deutschland 6 Millionen Menschen, die mit ihren Familien ein Drittel der deutschen Bevölkerung ausmachen, die nicht leben, wie sie Leib und Seele zusammenhalten sollen. Zwar ist die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen in der ersten Reichshälfte etwas zurückgegangen, andererseits aber werden umfangreiche Entlassungen in Aussicht gestellt oder vorgenommen. So erklärte dieser Tage der Arnstberger Regierungspräsident König, die Stilllegung habe ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Es läge ihm noch eine große Zahl Stilllegungsanträge vor. Man werde mit der Stilllegung des großen Stahlwerkes Pödnitz in Hörde zu rechnen haben. Auch andere große Unternehmen beabsichtigten völlige Stilllegung oder starke Abbaumaßnahmen. In andern Gegenden sind gleichfalls Entlassungen angekündigt. Demnach steht zu befürchten, daß die keine Lücke, die die Saisongewerbe in dem Erwerbslosenheer gemacht haben, durch neue Haufen entlassener Leute mehr als aufgefüllt wird. Die schwache Hoffnung, daß der Hungerwolf allgemach aus den Arbeitervierteln verschwinde, ist aufs neue dahin. Die Arbeiterschaft bleibt also nach wie vor von bitterster Not und furchtbarer Verzweiflung heimgesucht. Das wertvollste Gut der Wirtschaft, die menschliche Arbeitskraft, erfährt eine noch schlimmere Verwertung.

Bei dieser entsetzlichen Drangsal, in der sich die deutsche Arbeiterschaft befindet, braucht man sich nicht zu wundern, daß die amerikanischen Konsulate wieder mehr Auswanderlustige vorgegemerkt haben, als die noch im dreiviertel Jahre bei Ostsee einziehen dürfen. Die geschulte Facharbeiter, die selbst in den schlimmsten Jahren nicht ans Auswandern dachten, sind jetzt entschlossen, dem Vaterlande den Rücken zu kehren. Die Jungen, die Zuträgigen, die Leistungsfähigsten wandern zu unsern Wettbewerbern und helfen diesen, noch konkurrenzfähiger zu werden. Die fremde Wirtschaft und Industrie erhält erwachsene, fertige, sachlich gebildete Leute, kurz höchst wertvolle Menschen gut umsonst, und Deutschland verliert es. Diese Arbeiter zu erziehen und zu bilden, hat unermessliche Mühe und riesiges Geld gekostet. Diese gewaltigen, schier unersehbaren Werte bekommt das Ausland, unsere Wettbewerber, geschenkt. Man mag sich heute, in Anbetracht der Hunderttausende, die unbeschäftigt sind, über diese Verluste leicht hinwegsetzen. In ein paar Jahren aber, wenn sich der Vorprung des Auslandes zeigt, den die ausgewanderten deutschen Facharbeiter mit bewerkstelligt haben, wird man in Deutschland mit Schrecken gewahr werden, wieviel es verloren hat.

Damit sind indessen die Gefahren, die die Arbeitslosigkeit für Deutschland und seine Wirtschaft zeitigt, nur zum geringsten Teil genannt. Eine monate- oder gar jahrelange Beschäftigungslosigkeit muß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sehr nachhaltig beeinträchtigen. Eine Fugend, die geraume Zeit auf der Straße liegt, muß an ihrer Seele und Schaffenslust schwer Schaden leiden. Die stillen und verdienstlosen Arbeiter kommen mit ihren Familien moralisch und körperlich immer mehr herunter, die Gleichgültigkeit, die Verzweiflung überhand nimmt. Was aus diesem vielgestaltigen Niedergang für den Staat sprichend kann, nein sprichend muß, läßt sich leicht ermessen. Alle Schäden, die die Arbeitslosen erleiden, setzen sich in Verluste des Staatswesens und des Volksvermögens.

Es ist daher vom staats- und wirtschaftspolitischen Standpunkt aus sträflich kurzfristig, die Arbeitslosen ihrer Pein zu überlassen, zumal sie bestimmt unschuldig an dem Wirtschaftszustand sind. Und es ist albern, ob des Tiefganges der Dinge die Arbeiterschaft zu scheitern. Dies tun allerdings die Unternehmer und ihre journalistischen Kostgänger. Von ihnen ist freilich, nach allem, was man von ihnen weiß, nichts Besseres zu erwarten.

Sie mögen glauben, zu wissen, warum sie die Arbeiterschaft, die große Leidtragende der Krise, angeifern und nichts zu deren Behebung tun. Sie hoffen, aus der Not der Arbeiterschaft goldene Vorteile zu ziehen. Sie meinen, eine durch Hunger und Sorge gequälte Arbeiterschaft lasse sich leichter ins Joch spannen. Aber es kann womöglich auch anders kommen! Dies zu bedenken, ist jedoch von einem Unternehmertum nicht zu erwarten, das im Glauben an die Wunderkraft der Gewalt groß und harthörig geworden ist.

Was aber tut die Volksvertretung, die Regierung gegen die Drangsal der Erwerbslosen? Was tun Parlament und Regierung, um die Wirtschaftskrise zu beheben? Sie haben eine Erwerbslosenunterstützung gewährt, zu lärglich zum Leben, zu reichlich zum Sterben. Damit glauben die kleinen Staatsweisen ihre Aufgabe erschöpft. Wenn die Arbeitervertreter eine Erhöhung der Unterstützung beantragen, jammern bürgerliche Abgeordnete und Minister wie neapolitanische Kirchenbettelker, es sei kein Geld mehr da. O, Geld ist genug da, wie die unerhörten Bewilligungen, für Militär, Marine, Fürsten und Schwerindustrielle kläglich beweisen. Die Ankaufung mit den Mitteln für die Hunderttausende von Erwerbslosen, für diese Arbeitskräfte, für unser wertvollstes Gut, kommt einer un sinnigen Vergeudung gleich.

### Zum Wohle der Allgemeinheit!

Bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Entleerung der Fürstenermögen erklärten die Vertreter der Rechtsparteien, das Gesetz sei nur geeignet,

„die Begehrlichkeit der breiten Volksmassen zu erregen.“  
Was sagt nun dieses Gesetz, das jetzt dem Reichstagesrat unterliegt, über die Verwendung der zu enteignenden Fürstenermögen. Hier ist der Wortlaut:

1. Das Kapitalvermögen wird zur Stilllegung der Fürsorgeleistungen für Hilfsbedürftige, besonders für Kriegsbeteiligte und Kriegshinterbliebene verwendet.
2. Die landwirtschaftlichen Güter werden zur Linderung der Landnot kleiner Bauern, Pächter und Landarbeiter verwendet.
3. Die Schlösser, Wohnhäuser und sonstigen Gebäude werden für allgemeine Wohlfahrt und Erziehungszwecke, insbesondere zur Errichtung von Gefängnissen und Verpflegungshäusern für Kriegsbeteiligte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Altersrentner sowie von Kinderheimen und Erziehungsanstalten verwendet.

Es handelt sich um mehrere Hunderte von Schlössern, Wohnhäusern, Villen und Gütern in den herrlichsten Gegenden Deutschlands, die heute zum allergrößten Teil leer stehen.

Die Begehrlichkeit der Massen soll geweckt werden, wenn diese Besitzungen für die Armen des Volkes nutzbar gemacht werden, wie es der Gesetzentwurf will?

Nein, nicht die Begehrlichkeit der Massen soll geweckt, sondern der sinnlose Eigennutz der früheren Fürsten zurückgebrängt werden.

### Diesem Ziele dient der Volksentscheid Stimmt für ihn!

Noch wichtiger als die Unterstützung der Erwerbslosen ist die Behebung der Krise. Hierfür haben alle Regierungen der letzten Jahre soviel wie nichts getan. Sie sind, wenn die Wirtschaftskrise zur Erörterung stand, über billige Nebensachen nicht hinausgekommen. Wenn eine deutsche Reichsregierung nicht weiß, wie aus dem Ergaß herauszukommen ist, dann sollte sie sich beim amerikanischen Handelsminister Hoover erkundigen, wie man sich in den Vereinigten Staaten im Jahre 1920 über den Berg hinweggeholfen hat.

In Deutschland werden seit geraumer Zeit 120 bis 150 Millionen im Monat für Erwerbslose ausgegeben. Diese Summen kapitalisiert ergeben einen Milliardenbetrag. Man muß den Mut haben, damit zu beginnen, durch Anleihen großzügige Wirtschaft zu treiben. Hierdurch wird sich die Ausgabe für die Unterstützung allgemach verringern, das Ersparte kann zur Zinszahlung benutzt werden, die jetzt brachliegenden Arbeitskräfte können Werte schaffen, womit dem Staat, der Wirtschaft und besonders den Arbeitslosen am besten gedient ist.

Daß eine großzügige Wirtschaftspolitik uns bitter nottut, daß in Deutschland unendlich viel aufzubauen, neu zu schaffen, ungeheure Bedürfnisse zu befriedigen sind, lehrt die schreckliche Wohnungsnot, der Schrei der Landwirtschaft nach billigen Maschinen und Düngemitteln, der Mangel an Wasserstraßen und Verkehrswegen und schließlich die bedrückende Leere der Wohnungen und Speisekammern von Millionen hundert Familien.

Aber Mut muß die Regierung haben und Kühnheit, neue Wege in Sachen der Wirtschaftspolitik zu beschreiten. Mut und Kühnheit, um der Not von einem Drittel des deutschen Volkes zu steuern. Da aber, wie viele Feigheit annehmen lassen, diese Eigenschaften bei Regierungen, wie wir jetzt wieder eine haben, offenbar nicht vorhanden sind, so liegt es an der Vertretung der sozialistischen Arbeiter, das auszubringen, was der Regierung fehlt. Und es will uns scheinen, daß mehr Rücksichtslosigkeit der Arbeitervertretung ebenso durchaus angebracht wäre. Die Drangsal der millionenfälligen Masse von Erwerbslosen und Kurzarbeitern erfordert das.

### Fürsten und Inflation

„Besonders unreif haben sich die Opfer der Inflation gezeigt... Was in aller Welt haben die Fürsten mit der Inflation zu schaffen? Für die Inflation sind doch neben den Siegermächten... gerade die durch die Revolution zur Macht gelangten Kreise verantwortlich... Wer sich durch Teilnahme am Volksentscheid für die Inflationsschäden rächen will, verflüchtigt sich an unschuldigen Lebensgenossen und unterstützt die Schuldigen und seine schlimmsten Feinde.“

So schrieb, wie wir feinerzeit mitgeteilt haben, Ende März, als das Volksbegehren vor der Tür stand, die Deutsche Bergwerkzeitung, jenes Blatt, dessen Daseinszweck die Verteidigung der Profite des Bergkapitals ist. In jenen Sägen steckt eine nicht ungefährliche Demagogie. Nicht ungefährlich deshalb, weil es in Deutschland gar zu viel kleine Leute, darunter auch sehr viele Arbeiter gibt, die über Wesen und Ursachen der Inflation nur eine höchst unklare Vorstellung haben und leicht auf jeden Schwimbel hereinfallen, wenn er auch noch so plump ist.

Gerade heute läßt sich solch Geschwätz leicht widerlegen. Woher kommt denn die Inflation in Frankreich, in Belgien, in Italien? Die haben doch keinen Krieg verloren und keine Revolution gehabt! Aber wir brauchen nicht in die Ferne zu schweifen, wir brauchen uns nur an unsere eigenen Erlebnisse zu erinnern. Auch dann entfällt sich das Gerede der DW als demagogischer Schwimdel.

Was uns in den Jahren der Inflation das Leben verbitterte und zuletzt unerträglich machte, war die fortgesetzte Steigerung aller Warenpreise oder — was dasselbe bedeutet — die fortgesetzte Entwertung des Geldes. Zuletzt, im Sommer und Herbst 1923, kam es so weit, daß der eben empfangene Arbeitslohn schon nach einer Stunde nicht mehr hinreichte, um die dringendsten Einkäufe zu machen, weil inzwischen die Preise schon wieder stark gestiegen waren. Das ist es, woran wir mit Grauen zurückdenken.

Woher nun kam das? Schon hier beginnt der Schwimdel. Man sagte uns damals überhaupt nicht: Die Preise sind gestiegen; man sagte uns: Der Dollar ist gestiegen. Und man tat so, als sei dies die Ursache der Teuerung. Das Volk aber glaubte das. Es ließ sich wirklich einreiben, häßliche Preise müßten mit Notwendigkeit steigen, sobald die Amerikaner mehr Mark für ihren Dollar verlangten.

Dabei gehört kein allzu tiefes Nachdenken dazu, um zu erkennen, daß der wahre Zusammenhang gerade umgekehrt ist: nicht weil der Dollar stieg, wurde in Deutschland alles teurer, sondern weil in Deutschland fortwährend die Preise stiegen, entwertete sich fortgesetzt die Mark, und dann mußten natürlich immer mehr Mark für einen Dollar bezahlt werden. Die fortgesetzte Steigerung aller Preise war die Ursache und die entsprechende Verteuerung des Dollars (oder des Sinkens der deutschen Valuta) war die Folge.

Daß es so ist und nicht anders, lehrt nicht nur vernünftiges Nachdenken, sondern es läßt sich auch Schritt vor Schritt an der tatsächlichen Entwicklung der Preise und der Valuta vom Jahre 1914 an beweisen. Man erinnere sich zum Beispiel nur, daß, wenn einmal der Dollar fiel, die Waren deswegen keineswegs billiger wurden. Aber selbst wenn wir der oberflächlichen Denkweise Raum geben, wie sie seit dem ersten Kriegstage um des Kapitals willen geflüstert genährt worden ist, kommt für das, was wir heute zeigen wollen, auch noch nichts anderes heraus. Danach wäre die Geldentwertung einfach eine Folge der Geldvermehrung gewesen, nach dem sogenannten Gesetz von Angebot und Nachfrage: je mehr Papierzettel mit gesetzlicher Zahlungskraft ausgestattet und in Umlauf gesetzt wurden, desto wertloser wurde der einzelne Zettel, desto teurer also die Waren.

Nehmen wir nun welche dieser Ursachen wir wollen, so gehört eine schier unglaubliche Kühnheit dazu, daß man uns einzureden versucht, beides habe erst nach der Revolution begonnen! Wir haben es doch alle selbst erlebt, daß beides vielmehr bereits im Juli 1914 anfang, acht Tage vor dem Ausbruch des Krieges, unmittelbar nachdem durch das österreichische Ultimatum an Serbien der Krieg unvermeidlich geworden war.

Nehmen wir zunächst die Preise. Der amtliche deutsche Großhandelsindex betrug im Durchschnitt des Jahres:

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919
100	105	142	152	179	217	415

Um rund 40 % waren die Großhandelspreise bereits im ersten Kriegsjahr gestiegen, weit mehr als verdoppelt waren sie 1918, vor der Revolution. Genau ebenso die Kleinhandelspreise.

Abzüglich haben wir auch die Ziffern von 1919 daneben gestellt. Denn wir erwarten den beliebigen Einwand: Gleich nach der Revolution stiegen die Preise doch aber viel schneller. Gewiß, das taten sie. Aber nicht wegen der Revolution, sondern weil die eigentliche Ursache der Teuerung die unversäimte Bereicherung der Kapitalisten war. Denen war die Not des Vaterlandes gerade recht, um durch maßlose Forderungen — zuerst für Kriegslieferungen, bald aber für alles — ihre Profite zu erhöhen. Da nun der Kapitalprofit in Hundertfachen berechnet wird, so zeigt ein einfaches Rechenexempel, daß das jedes folgende Mal größere Summen ausmacht. 25 % von 100 M sind 25 M. Ist aber durch fortgesetzte Preissteigerung der Anfangsbetrag verzehnfacht, so machen auch die 25 % zumal joviell aus. Folglich, nachdem die Preissteigerung bereits vier Jahre im Gange war, mußten die Preissprünge immer größer werden. Die Revolution hat darauf leider keinen Einfluß gehabt — leider, denn sonst hätte sie den Kapitalisten das Handwerk gelegt. Und gerade die Kapitalisten, die hinter der DW



# Verschärfung des Konflikts in England

F. K. Als der große englische Streit über Nacht zu Ende ging, begann die kapitalistische Presse zu beiden Seiten des Ozeans höllisch freudig zu lästern. Sie münzte den Streikabbruch zu einem Triumph der guten Gesellschaft über den „gewerkschaftlichen Bolschewismus“. Sie feierte die englische Regierung als die Siegerin über die „Feinde der staatlichen Ordnung“. Sie frohlockte, daß es eine solche Massenerhebung in England nun nie mehr gebe und es dank der Festigkeit der Regierung von einer weiteren Bedrohung durch die Arbeiterschaft ein für allemal befreit sei. Man muß doch den Kopf schütteln. Wenn es da einen Triumph oder einen Sieg gegeben hat, so ist er bestimmt nicht auf der Seite der Regierung und der guten Gesellschaft oder der kapitalistischen Ordnung. Wenn Regierung, Ordnung oder Gesellschaft die Stunde wirklich gewonnen haben sollten, dann haben sie bestimmt den Tag, die Zukunft verloren. Denn der Konflikt, der viel größer ist und tiefer geht, als der Lohnstreik der Bergleute, ist noch nicht gelöst, sondern nun erst eigentlich auf die Spitze getrieben. Mit ein paar Sätzen wird das klar werden.

Mit der Rückkehr der Eisenbahner, Metallarbeiter und Buchdrucker zur Arbeit begannen wohl die Waghäcker wie die Maschinen und Druckpressen wieder zu laufen, aber die Kohlengruben, die doch die Nahrung für Wagn, Maschinenindustrie und Druckerel liefern, bleiben nach wie vor still. Die proletarische Kampffront ist wohl kleiner, in gewisser Hinsicht aber stärker geworden. Die wieder arbeitenden Genossen können die noch ausstehenden Vergleute mit Geld und Nahrung versehen. Aber kurz oder lang wird sich die wirtschaftliche Unentbehrlichkeit der Kohlengruben sehr verstärkt bemerkbar machen. Das schien zwar der Regierung vor einigen Tagen noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Der erste Minister Baldwin gestattete sich abermals, von den Bergleuten die Einwilligung in eine Lohnkürzung zu fordern. Er hat darauf von der Bergarbeiterkonferenz am 20. Mai die Antwort erhalten:

Die Konferenz ist außerstande, den Bergleuten zu empfehlen, des ersten Ministers Vorschlag für eine Lohnkürzung anzunehmen, da der bisherige Lohn eingestandenemmaßen schon nicht für einen menschenwürdigen Lebensstandard genügt...

Der Beschluß ist deutlich. Er gibt der Regierung kund und zu wissen, daß sie sich nun endlich einmal von dem Wahne freimachen soll, die Vergleute büßen zu lassen für eine verrottete und verrostete Industrie. Wenn der Bergbau nicht mehr leistungsfähig ist, dann soll die Regierung die dafür büßen lassen, die daran schuld sind, nämlich die Bergherren mit ihrem politischen Anhang. Die Vergleute haben schon seit Jahren vor dem kommenden Zusammenbruch gewarnt, haben Besserungsvorschläge gemacht, haben Regierung, Parlament und die Öffentlichkeit beschworen. Alles umsonst. An der Parthokratie der Grubenbesitzer und der Selbstbeutelei der Regierung sind die Vergleute gescheitert. Und nun sollen sie auch dafür noch büßen, noch mehr von ihren Lohngrößen opfern, damit Regierung und Rechenbesitzer die Industrie noch tiefer in den Sumpf gehen lassen? Die Vergleute lehnen das ab. Welcher Vernünftige kann sie deswegen schelten?

Der guten Gesellschaft mitamt der Regierung wirds ob der Standardigkeit der Rader von Bergknappen garstig zumute. Daß diese steinernen Gesellen, einmal an die Band getrieben, mir nichts dir nichts nachgeben werden, glaubt niemand. Draußen in ihren Dörfern und Eiern, in ihren kahlen Waldsteinbüden mit dem magern Gärtchen an der Halbe halten sie es, wie die Erfahrung lehrt, ziemlich lange aus, mindestens solange wie die Fabriken, Eisenbahnen und Gasanstalten mit ihrem Kohlenvorrat. Von Woche zu Woche muß sich der Kohlenmangel in steigendem Maße sichtbar machen. Die Schiffsahrt entbehrt heute schon des „idealen Ausfuhrsgutes“ der Kohle als Ballast für die Ausfahrt. Aber kurz oder lang muß eine Fabrik nach der andern schließen, muß ein Schiff nach dem andern den Unterwerfen. Mit jedem Tausend abgelegter Arbeiter steigt die Ausgabe für die Erwerbslosenunterstützung und Landauf Landab werden die Reihen vor den Wohlstandsämtern immer länger. Das wirtschaftliche Leben geht tagtäglich zurück, die öffentlichen Ausgaben steigen. Und da soll die englische Wirtschaft gelunden und die Wettbewerber überwinden?

Diese ganze Frage scheint nun auch der guten Gesellschaft, besonders aber der Regierung Sorge zu machen. Welche merken, daß die Flut steigt. Die Regierung sucht die Gefahr, wofür sie allein verantwortlich ist, durch Drohungen nach rechts und links zu beschwören. Der erste Minister stellt den Bergherren wie den Vergleuten ein Ultimatum: den Bergherren wird begreiflich gemacht, daß sie nachgeben müssen in Sachen der Reorganisierung des Bergbaues und daß sie sich über die Regierung (political interference) nicht beklagen dürfen, fernermalen der Bergbau im Gegensatz zu anderen Industrien gezeigt habe, daß

er vollständig unfähig sei, seine Streitigkeiten mit den Arbeitern zu regeln. Den Bergleuten wird gesagt, daß, wenn sie in der Lohnfrage nicht nachgäben, es ihnen klar sein müsse, daß die Regierung ihre Handlungsfreiheit wiedergewinne und sich durch keines ihrer Versprechen mehr gebunden fühle, das heißt, daß das Angebot der Regierung, den Bergbau weiter mit 8 Millionen Pfund zu unterstützen, nicht mehr gelte, wenn bis zum 31. Mai keine Verständigung erreicht worden sei.

Die beiden Schreiben Baldwin sind in einem Tone gehalten, den man bislang von ihm nicht gewöhnt war. Ob die scharfe Sprache eine der beiden Seiten zur Nachgiebigkeit veranlassen wird? Ob die Drohung, die 3 Millionen Staatshilfe nicht mehr zu gewähren, die gewollte Wirkung haben wird? Ob ohne diese Summe die Lösung des Konflikts für Staat und Wirtschaft billiger zu stehen kommt? Es steht wahrhaftig nicht so aus. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher.

Jedenfalls ist heute, vierzehn Tage nach dem Abbruch des Streiks, nach dem „Sieg der Regierung über die Bedroher der staatlichen Ordnung“ die Lage bedeutend schlimmer. Der Konflikt ist noch weiter auf die Spitze getrieben, seine Beilegung noch schwieriger geworden. Wie der Streit auch ausgehen mag, die Regierung wird daraus bestimmt nicht gelockt hervorgehen. Sie hat ihre Sache auf die Nachgiebigkeit der Grubenbesitzer und Vergleute gestellt. Wenn nun aber, wie anzunehmen ist, beide nicht nachgeben, so wird die — Regierung nachgeben müssen. Das würde Rücktritt der Regierung oder den Appell ans Land, Parlamentswahl bedeuten. Auch ohnedem ist aus dem Lohnstreik im Bergbau ein politischer Machtkampf geworden. Ein großer politischer Streit, dessen Anfang wir kennen, aber nicht dessen Ende.

Bei alledem ist nicht zu vergessen, daß der Konflikt, den wir jetzt in England sehen, nur das Vorspiel für andere Länder ist. In jedem andern Industrieland des Festlandes sind die Voraussetzungen für einen solchen Machtkampf mindestens ebenso vorhanden wie jenseits des Armellkanals. Die Ausbruchsmöglichkeit nicht minder.

## Verbandstag der Metallarbeiter Belgiens

Vom 22. bis 24. Mai fand im Brüsseler Volkshaus der 35. Verbandstag unseres belgischen Bruderverbandes statt. Er war von 142 Abgeordneten besucht, die 106 950 Mitglieder in 184 Ortsgruppen vertraten. Seit der letzten ordentlichen Tagung, die 1924 stattfand, hat der Verband die schwersten Kämpfe seiner Geschichte durchgemacht. Wie den Lesern der MZ noch in Erinnerung sein wird, war fast die ganze Mitgliedschaft ausgesperrt, weil sie sich einem Lohnabzug von 10 vH nicht fügte. Diese Abwehrbewegung spiegelt sich im Klassenbericht wieder. So wurden 1925 allein nicht weniger als 13,3 Millionen Franken für Streikunterstützung ausgegeben. Die Tagesordnung des Verbandstages zeugt davon, daß die belgischen Metallarbeiter hoffnungsfreudiger denn je sind. Denn es wurden diesmal wichtige organisatorische und grundsätzliche Änderungen vorgenommen.

Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Erhöhung der Beiträge. Der Vorstand beantragte, die Streikunterstützung, die bislang 4 Franken täglich in der ersten Woche und 6 Fr. in den folgenden betrug, auf 6 Fr. für die erste, 7 Fr. für die zweite und 8 Fr. für die folgenden Wochen zu erhöhen, hierzu einen Zuschlag von 0,50 Fr. für die Frau und jedes Kind des Streikenden zu fügen. Zu welchem Zweck der Beitrag an die Streikklasse von 70 auf 95 Centimes zu erhöhen vorgeschlagen und dann auch als vom 1. Januar 1926 an geltend beschloßen wurde, aber mit der Änderung, daß der Tagesatz der Unterstüfung in der ersten Woche nur 5 Fr. zu betragen hat.

Sodann wurde über den Ausschluß von 18 Kommunisten verhandelt. Diese Kollegen waren vom Vorstand ausgeschlossen worden, weil sie, nach den Worten des Vorstandsvorstellers, Zwiespalt in die Mitgliedschaft getragen und sich ständig in Berührungspfungen der leitenden Leute ergangen hatten. Da nach der Satzung Ausschlossene berechtigt sind, ihre Sache vor dem Verbandstag zu vertreten, konnte einer der Ausschlossenen seine Meinung ausführlich darlegen. Er sagte, sie seien ausgeschlossen worden wegen ihrer politischen Gesinnung, weil sie die Oberhoheit der (sozialistischen) Arbeiterpartei nicht anerkennen wollten. Der Verbandstag stimmte dem Ausschluß ziemlich einstimmig zu; nur die Vertreter der Provinz Antwerpen waren dagegen.

Die Meinungsverschiedenheit, die bei der Ausschlußfrage zutage trat, machte sich auch bei der Beratung des neuen Programms des Verbandes bemerkbar. Bekanntlich gehören in Belgien Gewerkschaften wie Genossenschaften der Arbeiterpartei an. Die Satzung des Metallarbeiter-Verbandes bestimmt ausdrücklich, daß jede Ortsgruppe der Partei angeschlossen sein muß. Gegen diese Bestimmung wendeten sich Antwerpener Vertreter, allerdings nicht aus Abneigung gegen die Partei, sondern aus taktischer Rücksicht. Sie meinten, man könne die Bestimmung heute nicht mehr aufrechterhalten, wo dem Verbands, im Gegensatz zu früher, auch christliche, liberale und kommunistische Arbeiter angehörten, und diese dürfe man nicht zu Zwangsmitgliedern der Partei machen. Der Kollege Delbigne, der Abgeordnete für Küttich, antwortete in einer fleischwürdigen Rede auf die Einwände. Schließlich wurde der Antrag der Antwerpener Gruppe, die Bestimmung zu streichen, mit 83 000 gegen 13 000 bei 10 000 Enthaltungen abgelehnt.

Das künftige Programm des Verbandes, das vom Vorstand entworfen, wurde einstimmig angenommen. Es enthält 10 Punkte. Es fordert unter anderem die gesetzliche Annahme der Washingtoner Abkommen bezüglich des Achtstundentages, der Unfallversicherung und

der Berufskrankheiten, dann verlangt es die weitere Entwicklung der sozialen Versicherungen, des Familienaufchlages (Soziallohn), den Vierzehntag für berufsschulpflichtige Jugendliche, die Einrichtung des Mitbestimmungsrechtes im Betrieb und die Einführung von bezahlten Ferien.

Diese Tagung war eine der fruchtbarsten des Verbandes. Kaum jemals hat eine Vertreterversammlung so fleißig und nützlich gearbeitet. Die Bedeutung der Tagung wurde noch durch die hohe Zahl der Abgeordneten ausländischer Bruderverbände erhöht, in deren Namen der Sekretär der Eisernen Internationale, Kollege Yig (Wern) sprach. Von unserem Verband war Kollege Lost vom Vorstand erschienen. Der englische Vertreter Owen Cole entwarf ein gedrängtes Bild von den Zuständen Englands nach dem großen Ausstand. Er beurteilte die gegenwärtige Lage seines Landes für die Arbeiterschaft recht günstig. Er meinte, die politischen Wahlen, die ordnungsgemäß erst 1928 stattfinden haben, könnten in ein paar Monaten stattfinden. In diesem Falle wäre es der Sieg der Arbeiterpartei, und diese wird eine parlamentarische Mehrheit haben, die uns gestattet, zugunsten der Arbeiterklasse vorwärts zu marschieren. Unendlich zu sagen, daß diese hoffnungsfreudige Rede starken Beifall erntete.

## Eintrittsmöglichkeit in amerikanische Gewerkschaften

Obwohl wir schon verschiedene Male die Eintrittsmöglichkeit in die amerikanischen Bruderverbände hier dargelegt haben, werden es der Anfragen immer mehr. Um den Kollegen die Mühe der Anfrage und uns die Mühe der Beantwortung zu ersparen, sei das schon Gesagte zusammengefaßt wiederholt:

Als ich in den Klassen, Dreher, Fräser, Hobler, kurz alle im Maschinenbau beschäftigten Kollegen gebeten in Amerika zur Intern. Association of Machinists (Intern. Maschinenbauer-Verband). Dieser nimmt unsere Mitglieder, die ein geordnetes deutsches Verbandsbuch vorliegen, unentgeltlich auf. Wer von unseren Kollegen in New York bleibt, dem sei mitgeteilt, daß da der Maschinenbauer-Verband eine deutsche Gruppe hat, nämlich die Progressive Lodge 717, die im Labor Temple, 243 East 84 Street ihren Sitz hat. Die Kollegen tun sehr gut daran, sich gleich nach ihrer Ankunft bei dieser Gruppe stets Unterstüfung und Aufnahme in den Verband einzufinden. Dies wird sich sicherlich sehr vorteilhaft erweisen.

Former Eisler, Kernmacher und dergleichen werden von den International Molders' Union (Formerverband) gleichfalls unentgeltlich aufgenommen, sofern unsere Kollegen ihr deutsches Verbandsbuch in Ordnung haben und eine Internationale Überweisungskarte (Transfer card) mitbringen, welche letztere unser Vorstand ausstellt.

Für Bauhölzer und Eisenkonstruktoren, dann auch für Möbeler und schließlich für Elektriker bestehen besondere Verbände. Bei diesen Gewerkschaften, deren Berufe zu den bestbezahlten zählen, ist das Eintrittsgeld sehr hoch und die Aufnahmebedingungen nicht ganz einfach. Ob diese Verbände unser deutsches Mitgliedsbuch heute anerkennen, können wir nicht bestimmt sagen. Wir werden uns darüber aufs neue Auskunft zu verschaffen suchen.

Im allgemeinen sei gesagt: Nehme jeder unserer Kollegen ein geordnetes Verbandsbuch mit nach Amerika. Jeder gehe sofort nach seiner Ankunft, jedenfalls bevor er zu arbeiten beginnt, zu seinem zuständigen Verband und schließe sich dem an. Er rüht dadurch seinen amerikanischen Berufsgenossen, noch mehr aber sich selbst. Denn Zugehörigkeit zum Verband bedeutet in Amerika noch mehr als anderwärts Sicherung vor Übervorteilung, weniger Fron und vor allem erhebliche höhere Lohn. Dann hat der fremde, uneingeweihte, der noch unsichere Einwanderer in seinen einheimischen Verbandskollegen Freunde und Helfer, die ihm besonders in der ersten Zeit des Aufenthaltes in diesem Lande Gottes dank Dienste leisten können.

Wer bei Ankunft in einer amerikanischen Stadt die Adresse der Ortsgruppe seines Berufsverbandes nicht weiß, dem sei mitgeteilt, daß fast alle Verbände die Adressen ihrer Ortsgruppen und Bezirksbüros auf den letzten Seiten ihrer Zeitschriften bringen. Wer sich eine solche Zeitschrift nicht verschaffen kann, der wird die Adresse in dem Telefonbuch finden.

## Der große Arbeitstempel in Norwegen

Seit Ende April sind in Norwegen 30 000 Arbeiter ausgesperrt. Diese Zahl bedeutet, daß ein Drittel der im Gewerkschaftsbund vereinigten Mitglieder im Kampfe steht. Außerdem besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Zahl sich bald auf 50 000 erhöhen wird. Beim kürzlich erfolgten Ablauf der Tarifverträge forderten die Unternehmer Herabsetzung der Löhne um durchschnittlich 25 vH und der Arbeitszeit um 30 bis 40 vH. Diese Lohnkürzung wurde mit der Kronenleistung und dem fallenden Index begründet. Weiter forderten die Unternehmer eine Verringerung der Urlaubstage von 8 auf 4 bzw. 12 auf 8 Tage jährlich. Nach langwierigen ergebnislosen Verhandlungen griff schließlich die staatliche Schlichtungsinstanz ein und stellte einen Schlichtungsantrag, wonach die Urlaubs- und Arbeitszeitbestimmungen unverändert bestehen bleiben sollten, während in bezug auf die Löhne folgende Herabsetzungen vorgezogen waren: Bergbauindustrie 14 vH, Bauindustrie 12 bis 13 vH, Textilindustrie 17 vH, Metallindustrie 17 vH und Schiffsindustrie 17 vH. Dieser Antrag wurde von den Mitgliedern der betr. Gewerkschaften mit großer Mehrheit abgelehnt, und zwar hauptsächlich wegen der vorgeschlagenen neuerlichen Lohnkürzung gemäß dem im August v.J. errechneten neuen Index (was eine neue Lohnherabsetzung bedeuten würde). Die Aussperrung erfolgte am 24. April.

Durch den Opfermut in den eigenen Reihen und angesichts der mit den Gewerkschaften der anderen skandinavischen Länder bestehenden Vereinbarungen ist die wirtschaftliche Grundlage des Kampfes gesichert, so daß alle Hoffnung besteht, daß die norwegischen Gewerkschaften imstande sein werden, den ihnen aufgezwungenen Kampf zu einem guten Ende zu führen.

Wahlort einer späteren Kulturstufe, in der man schon Herdfeuer, Longerde und höhere Werkzeuge kannte. Dann folgt der Mensch, der schon eigene Aufzeichnungen und bewusste Nachrichten hinterließ. Dessen Erforschung ist längst gelungen und die Entwicklung bis zur heutigen Kulturstufe läßt sich leichter verfolgen.

Die Sonderchau „Der durchsichtige Mensch“ ist angegeschlossen. Sie enthält die anatomische Zerlegung des Menschen. Es gibt kein Teilchen des menschlichen Kadavers, der nicht bis ins kleinste erforscht und dargestellt wäre. Windradern und Kerzenfäden sind photographisch dargestellt in einer Genauigkeit, die noch vor wenigen Jahren unmöglich war. An Apparaten lernen wir die Mieskraft des kleinen menschlichen Herzens kennen. Eine kleine Motorpumpe ist nötig, um die ständig zu fördernde Blutmenge des menschlichen Körpers mit der gleichen Schnelligkeit und Ausdauer zu bewegen. Kenntnis des gesunden menschlichen Körpers ist erforderlich, um Schäden an ihm zu erkennen.

### Werden und Vergehen

Wir stehen vor einem orgelähnlichen schwarzen Bau, an dessen Oberseite drei Belger verjähren schnell auf Zifferblätter kreisen, drei gotische Fensteröffnungen sind angebracht. Der Bau trägt die Aufschrift „Werden und Vergehen“.

Im ersten Fenster flammt grünes Licht auf; grün, die Farbe der Hoffnung. Ein Storch mit einem Kind im Schnabel bewegt sich im Kreis und wenn er die Mitte passiert, schlägt eine helle Glode. Ein Mensch wurde geboren. Das wiederholt sich in 24 Sekunden, denn alle 24 Sekunden wird in Deutschland ein Mensch geboren. Im zweiten Fenster leuchtet rotes Licht, die Farbe der Liebe auf. Ein junges Paar freit engumschlungen und alle 72 Sekunden schlägt eine helle Glode. Alle 72 Sekunden wird in Deutschland eine Ehe geschlossen. Im dritten Fenster freit der Tod bei fahlem Licht. In 42 Sekunden tönt ein dumpfer Schlag. Ein Mensch ist gestorben. In Deutschland stirbt alle 42 Sekunden ein Mensch.

Die Gläubigen stehen andachtsvoll und lauschen den harmonisch abgestimmten Glodenschlägen, die so ernst und einträchtig vom Werden und Vergehen künden

### Proletariatskrankheit

Der Bekter Freund Heins ist die Seuche. Bei uns ist die gefährlichste Seuche die Tuberkulose. Wir nennen sie die Proletariatskrankheit. Den Beweis, daß Tuberkulose eine ausgesprochene Proletariatskrankheit ist, erbringt die anschließende Aufstellung. Die Sterblichkeit bei Tuberkulose richtet sich nach dem Wohlstand. Eine Tabelle gibt folgenden Aufschluß: Auf 100 einjährige Kinder von Reichen, die an Tuberkulose sterben, kommen 523 Kinder armer Eltern. Bei fünfjährigen Kindern wird das Verhältnis noch schlimmer, auf 100 Kinder der Reichen kommen 936 der Armen. Im Alter bis 30 Jahren sterben durchschnittlich an Tuberkulose 100 von reichem Abstammung und 550 von armer Herkunft. Erst im Alter von 60 Jahren wird die Sterbezahl gleich, das hat aber die Ursache darin, daß das Durchschnittsalter der Armen mit 60 Jahren schon um 15 Jahre überschritten ist und nur wenige sich dieses hohen Alters erfreuen. Eine andere Tafel lehrt, daß bei einem Jahreseinkommen von 300 M 16,3 vH an Tuberkulose sterben, bei einem Einkommen von 3000 M 9,2 vH, bei 6500 M 4,5 vH und bei noch höherem Einkommen 3,3 vH. In Deutschland stirbt durchschnittlich alle 5 Minuten ein Mensch an Tuberkulose. Das zeigt eine Latenzhand an, die eine Sanduhr trägt und sich alle 5 Minuten dreht. Dabei gibt es Orte mit solch schlechten Lebensbedingungen, daß jeder neunte Mensch an Tuberkulose gestorben ist.

Die Wohnungsfrage ist entscheidend. Nach einer Berechnung sterben in Wohnungen mit nur 1 Zimmer die meisten und in 5 Zimmerwohnungen die wenigsten Menschen an Tuberkulose. Die Ernährung ist aber das bedeutendste, das hat der Krieg gezeigt. Starben 1913 einhundert Menschen an Tuberkulose, so erhöhte sich diese Zahl auf 150 in den Kriegsjahren auf 150 bis 190. Im Jahre 1921 wurde der niedrigste Stand der Sterbezahlen erreicht. Das hatte seinen natürlichen Grund in dem gewaltigen Kriegsterben. Viele sind in dieser Hungerzeit zugrunde gegangen, die sonst noch eine Spanne Lebenszeit gehabt hätten. Seit 1923 ist die Kurve der Tuberkulosesterblichkeit wieder im Ansteigen. Das muß uns Warnung sein.

Auch der Beruf spielt bei der Erkrankung eine Rolle. Eine Darstellung belehrt, daß in Handel und Büro mehr Männer denn Frauen

an Schwindsucht sterben, in der Industrie sterben aber mehr Frauen als Männer und in der Landwirtschaft wieder mehr Männer. Ein Beweis, daß die Arbeitsschwere einen ungünstigen Einfluß ausübt. Mit dem Nachweis der Tuberkuloseursachen ist auch der Weg für die Heilung und Besserung gewiesen. Bessere Wohnung, bessere Ernährung, bessere Entlohnung. Das sind die besten Mittel der Tuberkulosebekämpfung. Tuberkulose ist heilbar, sie muß nur rechtzeitig erkannt werden. Nicht jeder Angestellte muß daran sterben. Dann ist zur Heilung Licht, Luft und Sonne benützt. Die Aufstellung zeigt eine große Reihe schöner Waldkurorten, die der Bekämpfung der Proletariatskrankheit dienen.

Eine Ehrenabteilung ist dem erfolgreichen Bekämpfer der Tuberkulose Prof. Dr. Rob. Koch gewidmet. Er hat erfolgreich neue Wege zur Seuchenbekämpfung gezeig. Heute ist die Wissenschaft schon so weit, daß sie in schweren Fällen mit Operationen der Tuberkulose zu Leibe geht.

### Das Kind

Dem Kind ist sehr viel Raum gewidmet. Kinderpflege und Kindererziehung sind die Gebiete, auf denen wir noch beträchtlich nach vorwärts drängen müssen, wenn die Menschheit weiter voran schreiten soll.

Ein Kapitel, das Kopfschmerzen verursacht, ist der Geburtenrückgang. Einmal hängt das mit der gesamten Menschheitsentwicklung zusammen, zum größten Teil ist er aber die Folge der schlechten wirtschaftlichen Lage. Die Wohnungsnot spielt eine entscheidende Rolle. Nach einer Zusammenstellung der Stadt Frankfurt konnten von hundert Neugeborenen nur sieben eine regelrechte, eigene Wohnung erhalten, 93 mußten in ganz unzulänglichen Wohngelegenheiten untergebracht werden. Unter solchen Umständen wäre es ein Verbrechen, noch Kinder in die Welt zu setzen.

Kinder erzeugen aber, richtiger, Kinder in die Welt setzen, ist ein Vergnügen armer Leute. Tabellen weisen nach, was eigentlich alle Welt schon lange gewußt hat, daß die Armen mehr Kinder haben denn die Reichen. Ein hümmiger Wandpruch sagt: „Güßt sich mehr und mehr das Geld, arm an Kindern wird die Welt“, und damit ist auch alles gesagt.

### Das Reichsaffordabkommen im Heizungsgewerbe

In Nr. 21 der *WZ* schreibt der Kollege *A. Ringe*, Berlin, einen Aufsatz über Afford im Heizungsgewerbe, der wert ist, daß man als Affordanhänger dazu Stellung nimmt.

Ich bin allerdings etwas erstaunt, daß man erst jetzt zu dieser Frage Stellung nehmen soll, nachdem doch vor mehr als einem Jahre, am 3. Mai 1925 eine Reichskonferenz in Hannover zu dieser Sache grundsätzliche Stellung nahm und auf welcher mit überwiegender Mehrheit eine Kommission gewählt wurde, die die Vorarbeiten für die Schaffung eines Reichstarifvertrages zu leisten hat.

Auf dieser Tagung wurde die Frage ausgiebig erörtert. Es stellte sich heraus, daß die überwiegende Mehrheit für den Afford in unserem Gewerbe ist.

Ich persönlich habe 1920 auf der Reichskonferenz in Leipzig auch einen anderen Standpunkt in der Affordfrage vertreten, mußte mich aber in den letzten Jahren eines andern belehren lassen.

Wenn man mit ansehen mußte, wie das Hausgalunwesen und die Prämienysteme zum großen Nachteil der Kollegen ausgingen, wie gewerkschaftlich schwache Kollegen draußlos arbeiteten, wie die Wilden hinterherum eine Sondervergütung vom Unternehmer zu erhalten trachteten, die überhaupt nicht kontrolliert werden konnte, und wenn man mit ansehen mußte, wie durch die Hausgalunwerke und Prämienkassen die Gelfer und jungen Monteure ausgebeutet und geschädigt wurden, dann ist einem zum Bewußtsein gekommen, daß nur ein geordneter Afford diesem großen Übel Einhalt gebieten kann.

Diese Gründe haben wesentlich mit dazu beigetragen, daß sich die Mehrheit für die Affordarbeit ausgesprochen hat. Daher mein Entschluß, daß man das ganze Jahr geschwiegen hat und gerade jetzt, wo wir in den Verhandlungen mit den Unternehmern stehen, diese Frage allgemein erörtert werden soll.

Ich würde es begrüßen, wenn der Reichstarif, bevor derselbe endgültig abgeschlossen wird, zu einer Urabstimmung den Kollegen im Reich unterbreitet würde. Die Berliner Kollegen würden da ein blaues Wunder erleben.

Die Begründung, warum die Berliner Heizungsmonteur grundsätzlich die Affordarbeit ablehnen, steht auf sehr schwachen Füßen. Der Kollege *Ringe* gibt selbst zu: Die Arbeitshalt ist in unserem Gewerbe, insbesondere in der Nachkriegszeit derart, daß eine Steigerung nur auf Kosten der Lebenskraft der Arbeiter geschehen könnte. Ich nehme an, daß Kollege *Ringe* nur im Lohn arbeitet. Nun frage ich, wer den doppelten Profit einsteckt, Arbeiter oder Unternehmer? Ich bin der Auffassung der Unternehmer, weil bei einem anfänglichen Afford die Arbeit bei dieser Gelferei, wo im Lohn ein Handwerker den andern kreidet, und nicht zuletzt wegen der kurzen Fristen, die jetzt überall gelehrt werden, nur zugunsten des Arbeiters herauskommen kann. Ich betrachte schon den Standpunkt, daß es unsere Aufgabe sein muß, das Beste vom Besten herauszuholen, um den Kollegen eine größere Verdienstmöglichkeit bei gewissenhaftem Arbeitssystem und normaler Arbeitszeit zu schaffen. Vorbedingung muß es natürlich sein, daß man einen Affordtarif abschließt, der den Kollegen ein menschenwürdiges Arbeiten gewährleistet.

Der Kollege *Ringe* macht besonders auf die Verteilung der Affordüberschüsse aufmerksam. Mit Recht. Denn gerade hier wird noch sehr viel an unseren Helfern gesündigt, am allermeisten aber an jenen Orten, wo die Kollegen sich noch nicht haben aufstellen können, es durchzuführen, ihre Helfer mit auf die Montage zu nehmen. Wo die Helfer von den Monteuren auf der Baustelle und nur für die Baustelle eingestellt werden, hat man zum großen Teil keine Kontrolle, vor allem nicht bei der Verteilung der Affordüberschüsse. In diesen Orten geht auch Berlin. Hier wäre noch ein günstiges Aderfeld, wo ein ganz scharfer Pfug angelegt werden könnte zur gründlichen Umarbeitung. Ich bin schon der Meinung, daß wenn die Kollegen etwas mannhafte die Mitnahme der Helfer auf Montage betreiben hätten, es für uns alle weit besser stünde. Gerade die Helferfrage ist eine der wichtigsten mit in unserm Bereich. Dieser Frage wird leider viel zu wenig Beachtung geschenkt. Wir in Köln hatten gegenüber einem technischen Sachverständigen für unsere Helfer in zwölf bis dreißigjährigen Arbeitsverträgen ab. Um das alles zu erreichen, brauchen wir starke gewerkschaftliche Disziplin und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Monteuren und Helfern.

Der Kollege *Ringe* macht auch auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die bei Affordarbeiten vorzukommen können, wie Materialbelieferung, mangelhafte Zeichnungen usw. Da bin ich schon der Meinung, daß kein Affordtarif geschlossen werden kann, ohne daß alle diese Schwierigkeiten mit berücksichtigt werden. Die Lage, der Umfang des Bares darf keine Rolle spielen, weil der Affordtarif zu ausgearbeitet sein muß, daß alle diese Hindernisse berücksichtigt sind. Es müssen auch solche Hindernisse, die sich erst bei der Montage herausstellen, durch Sonderabmachungen gelöst werden. Über die Gruppenarbeit oder Gruppenafford, über das gegenseitige Einarbeiten der Kollegen, den Wechsel in den Kolonnen usw. will und kann ich mich nicht einlassen. Vielleicht ist einmal Gelegenheit geboten, in einer Berliner Branchenerammlung unserer Berufscollegen auf dieser Sache Stellung zu nehmen und grundsätzlich das zu sagen, was in dieser wichtigen Sache zu sagen ist.

Eine Frage ist noch anzuführen: Gibt es denn in Berlin eine Gruppe für Leitende? Ich bin schon der Ansicht, daß der Kollege, der frei ist und zuerst auf den Plan kommt, die Leitung übernimmt. Dann wird geriaten zum Vorteil der Kollegen gearbeitet. Bei uns ist es so, heute ist der, morgen ist jener der Leitende, wie es anders ja auch nicht sein kann.

Daß es leider noch Kollegen gibt, die sich gerne als Herrenmonteure fühlen und dabei ganz vergessen, daß sie auch Arbeiter sind, ist bekannt. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Kollegen von ihrem Selbstwahn zu heilen.

Wir wollen nicht vergessen, wach zu sein, daß der nächste ist, welches Regiment wir auf Montage führen müssen, welche große Verantwortung auf uns lastet und welche Verantwortung wir uns auferlegen müssen, um all den Schwierigkeiten der Leitung und des Unternehmertums gerecht zu werden. Aus diesem Grunde betrachte ich es als eine Selbstverständlichkeit, daß wir darauf trachten, einen ordentlichen Lohn und Afford zu erhalten.

Als wichtigste Aufgabe der Kollegen im ganzen Reich betrachte ich neben den einheitlichen Mindestgehältern auch die einheitliche Regelung der Helferfrage, daß überall dafür gesorgt wird, daß die Helfer mit auf die Montage genommen werden, nur einstens ein festes gemeinsames Gehalt in unserer Branche zu werden, welches eine lässige Helfergruppe zu erreichen und welches unsern Beruf nicht gewaltig schaden würde, was notwendig ist, wenn auf den Montagebetrieben wieder neue Helfer eingestellt und angelehrt werden. Wenn in diesem Sinne im ganzen Reich gearbeitet wird, werden sich die Erfolge sehr bald bemerkbar machen. Wichtig ist unter allen Umständen, daß die Solidarität der Arbeiterklasse alle in höherem Maße als der Betriebsgenossen.

Darum bin ich persönlich der Auffassung, der einheitliche Reichstarif und Affordtarif muß (zunächst aber unter Berufscollegen) abgeschlossen werden zum Vorteil aller unserer Berufscollegen.

*E. Böhm, Heizungsmonteur, Bln.*

Soziallasten und insbesondere gegen die Düsseldorf-Ortskrankenkasse statgekommen. In einer Entschließung wird von den Krankenkassen verlangt, daß sie sich jeder geschäftlichen Tätigkeit zu enthalten hätten, dazu sei die freie Wirtschaft da. Doppelte Moral, nichts weiter!

Solange Fabrikanten und Krauter an der Vierung von Brillen, Bruchbändern, künstlichen Gliedern usw. für die Kranken gut verdienen konnten, wurden gegen bestimmte Sonderleistungen Entwendungen kaum erhoben. Und wie haben die Lieferanten an den Lieferanten der Krankenkassen verdient! Dafür ein Beispiel: Die Ortskrankenkasse in Hamburg hat die auf Betreiben eines kleinen Kreis Metallarbeiter im Leben gerufene orthopädische Werkstätte übernommen. Seitdem die Hamburger Ortskrankenkasse die Herstellung und Abgabe von Wangen selbst betreibt, sind ihre Ausgaben für Wangen glatt um die Hälfte zurückgegangen. Nicht nur das, die bisherigen Lieferanten haben sich gezwungen, mit ihren Preisen wesentlich zurückzugeben. Es wurde also eine doppelte Wirkung erzielt, was man im Zeitalter des Preisabbaues doch sicherlich begrüßen sollte. Doch die Unternehmer wollten. Sie wollen die Wirtschaft von Überflüssigem — angeblich — befreit wissen; das selbe wollen die Versicherer und sie waren mit ihrer Maßnahme auf dem besten Wege. Trotzdem schrien die Unternehmer, wo sie sich doch hätten freuen sollen, daß die von ihnen ebenfalls mit aufgebracht Gelder so gut verwandt wurden.

Die Versicherer müssen von den großen Krankenkassen verlangen, den einmal beschrittenen Weg fortzusetzen. Die Übernahme der Herstellung an Krankenkassen abzugeben. Die Krankenkassen sind ein Gebot der Stunde. Wie das Hamburger Beispiel zeigt, fahren sie nicht schlecht dabei. Der Nutzen entsteht bereits beim Einkauf des Materials, ferner durch Verringerung der Unkosten und nicht zuletzt durch gesteigerte Produktion. Ein weiterer Vorteil liegt darin, daß nicht mehr angefertigt als gebraucht wird. Die Herstellung kostspieliger Schaufelstille fällt fort. Ein Erfolg der Nationalisierung!

Arbeitgeberverbände, Handwerkskammern, Versicherungsämter und nicht zuletzt ein erheblicher Teil der Ärzte sind gegen alles, was von ihnen als „geschäftliche“ Tätigkeit aufgefaßt wird. Man kann sich damit auch nicht befreunden, daß die Krankenkassen während der Infektion ihren gesamten Besitz an Gebäuden und Geräten abgeschrieben haben. Nein, sie sollen nach Meinung der Unternehmer ihren Besitz wieder mit fremdem Geld belasten, um die Beiträge herabzusetzen oder eine Beitragserhöhung zu vermeiden. Sie wollen das natürlich nur um der Wirtschaft willen — was sonst wohl? — Beiträge sparen und den Nutzen an hohen Zinsen einstecken.

Dem Streben der Unternehmer, die Sozialpolitik abzubauen, muß der unerschütterliche Wille der Versicherer selbst entgegengekehrt werden. Die Arbeiter wollen Erhaltung und Ausbau der sozialen Fürsorge in jeder Art. Sie haben diese verdient nach all den Jahren des Elends, das die unteren Schichten besonders hart traf. Wenn es stimmt, daß die augenblicklich schwere Krise zur Gesundung der Wirtschaft führt, dann sind es die Arbeiter, Angestellten und Beamten gewesen, die ihre Haut dabei zu Marke tragen und noch tragen.

### Das „soziale Wahljahr“

Der Reichstag wird im Laufe dieses Jahres noch über verschiedene neue Gesetze und Abänderungsgesetze auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu befinden haben. So hat beispielsweise der Reichsarbeitsminister einen Gesetzentwurf über „Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgesetz“ veröffentlicht. Dieses Gesetz wird grundsätzliche Änderungen auf dem so überaus wichtigen Gebiete der Wahlen zu den Versicherungsorganen (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw.) und auch zu den Aufsichtsböden bringen. Eingeführt werden muß, daß nach den heutigen Bestimmungen diese Wahlen nicht einseitig sind und auch in ihrer Durchführung oft viel zu wünschen übrig lassen. Nach den jetzigen Bestimmungen beträgt die Wahlzeit der Versicherer- und Arbeitgebervertreter zu den Organen (Aufsicht und Vorstand) der Versicherungsorganen und auch zu den Aufsichtsböden grundsätzlich 4 Jahre. Diese Wahlzeit soll nach dem neuen Gesetzentwurf auf 5 Jahre verlängert werden. Dies ist eine der Hauptbestimmungen des neuen Gesetzes.

Die zweite und eigentlich wichtigste Neuerung ist, daß alle beratende Wahlen, die bisher zu verschiedenen Zeiten stattgefunden haben, in ein Jahr zusammengelegt werden sollen. Man wird also ein „soziales Wahljahr“ schaffen, in dem sämtliche in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung ehrenamtlich tätigen Personen gewählt werden sollen. Es soll damit dem Zustand ein Ende gemacht werden, daß dieses Jahr die Wahlen zu den Krankenkassen, im nächsten Jahre die zu den Versicherungsorganen usw. stattfinden. Alle diese Wahlhandlungen sollen künftig in einem Jahre getätigt werden. Dadurch, daß die Wahlzeit einheitlich auf 5 Jahre festgelegt wird, werden auch die Kreis- und Kreisverbände einheitlich in einem Jahre stattfinden. Ebenso sollen die Wahlen zu den Organen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in das soziale Wahljahr gelegt werden.

Als Übergangsbestimmung ist vorgesehen, daß die Amtsdauer aller jetzt ehrenamtlich tätigen Personen am Schlusse des Jahres 1926 endigt. Soweit seit dem 1. Januar 1925 schon Neuwahlen stattgefunden haben, bleiben die darin gewählten Vertreter länger als bis zum Ablauf des Jahres 1926 im Amte. Die Neuwahlen müssen für die am Schlusse des Jahres 1925 Ausgehenden dann im Frühjahr des Jahres 1927 stattfinden. Dieses Jahr ist dann das erste soziale Wahljahr. Die Wahlzeit der erstmalig nach dem neuen Gesetz gewählten Vertreter endigt mit dem Schlusse des Jahres 1931. Bis zu diesem Jahre bleiben auch die Vertreter im Amte, die in der Zeit vom 1. Januar 1925 bis zur Einführung des neuen Gesetzes gewählt worden sind, abgesehen davon, daß die Amtsdauer nach dem heutigen Recht schon vor dem Jahre 1931 beendet wäre. Im Jahre 1932 würden dann restlos sämtliche in der Arbeiter- und Angestelltenversicherung ehrenamtlich tätigen Personen neu zu wählen sein.

Man kann über die Zweckmäßigkeit und auch die Wirkung dieses neuen Gesetzes geteilter Meinung sein. Eins steht allerdings fest, daß durch die Renaturierung die Anteilnahme der Versicherer wieder mehr auf das so überaus wichtige Gebiet der Sozialversicherung gelenkt werden wird. Es ist leider eine nicht zu leugnende Tatsache, daß bei uns eine Wahlunfähigkeit eingetreten ist, die sich ja auch in dem meist so überaus kühnen Befund der Versammlungen usw. zeigt. Gerade die Wahlen für die Organe der Versicherungsorganen, namentlich der Krankenkassen, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es kommt sehr viel auf die Frauen und Männer an, die im Vorstand und Aufsicht der Versicherungsorganen sitzen. Ihnen steht nicht nur die Auslegung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften zu, sie haben auch die Leitung der Versicherungsorganen aufzustellen und haben dadurch einen sehr großen Einfluß auf die Vermögens- und Lebensfähigkeit der Versicherungsorganen.

### Die Fernwirkungen des englischen Generalstreiks

Der so jäh abgebrochene englische Generalstreik blieb dennoch nicht ohne Wirkung auf die europäischen Industrie, allerdings von anderer Art, als man vor dem Beginn des Streiks erwartet hatte. Der englische Generalstreik hat zum unerwarteten Salustaturs in Frankreich, Belgien und Italien erhebliche Beirungen und damit die Ausfuhrverhältnisse in den Nachbarländern in neue Verwirrung gebracht. Das englische Finanzkapital hat bei Ausbruch des Generalstreiks einen Einzug des englischen Pfandes begehrt. Um dies zu verhindern, haben die englischen Banken ihre Botschaft an französische, belgische und italienische Zahlungsmittel losgeschlagen, um aus dem Erlös den Kurs des englischen Geldes zu stützen. Dies führte dann zur weiteren Entwertung dieser in den letzten Wochen wieder ins Ausland getragenen Botschaft. Ein jeder Einzug dieser Botschaft wird aber als Exportprämie für diese Länder und entspricht daher den Bestrebungen jener Länder auf dem Weltmarkt, welche eine vollständige Botschaft haben. Solange der Weltmarkt mit billigen französischen, italienischen und belgischen Waren überflutet werden kann, werden diese eine Anzahl von Ländern, die ihre Exportwaren nicht sofort entsprechend erhaltenden können, großer Abhängigkeit von England begegnen. Doch andererseits die Länder, welche infolge der Geldentwertung ihre Ausfuhr zu steigern vermögen, an diesem Vorteil teilhaftig selbst zugrunde gehen, ist wohl auch

der Geschichte der letzten Jahre hinlänglich bekannt. Trotzdem können sie immer noch zur Gesundung ihrer Finanzen, welche die Voraussetzung zur Stabilisierung ihrer Währung bildet, streben, wobei über die Frage, auf wessen Kosten die Sanierung erfolgen soll, keine Einigung erzielt werden kann.

Eine weitere Begleiterscheinung des vom englischen Generalstreik ausgelassenen Valutasturzes ist die vermehrte Kapitalflucht aus jenen Ländern. Die Kapitalisten wollen sich von dem sinkenden Schilf retten und ihre Kapitalien vor weiterer Entwertung durch Verschlebung über die Landesgrenze schieben. Das französische Kapital läuft zurzeit überwiegend in die deutsche Elektrizitätsunternehmen (vor einige Zeit waren noch die Montanpapieren die hauptsächlichsten Kaufobjekte). Die Kapitalflucht wird in beiden Ländern durch politische Maßnahmen geschützt; das Finanzkapital erblickt darin ein wirksames Mittel, um die Einkreisler durch künstliche Durchführung finanzieller Schwierigkeiten und Kapitalknappheit zu Fall zu bringen.

### Ist Betriebsbeschränkung ein wichtiger Entlassungsgrund?

Km. Der beklagte Bahnmeister *B.* stand seit dem 16. Januar 1921 im Dienste der Nassauischen Kleinbahn A.-G. Zum 18. Oktober 1922 wurde er fristlos entlassen. *B.* widersprach und begehrte Fortzahlung des Gehalts. Infolgedessen hat die Bahn die gegenwärtige Lage erhoben mit dem Antrage, die Kündigung für wirksam zu erklären während der Beflagte mit der Weibeklage Fortzahlung des Gehalts verlangt. Das Oberlandesgericht Frankfurt a. M. bezeichnete die fristlose Entlassung als rechtsunwirksam, da die Klägerin erst im Sommer 1923 infolge außerordentlichen Verkehrsrückganges und der dadurch bedingten Betriebsbeschränkung zur Entlassung des Beflagten berechtigt gewesen sei. Daher habe die Klägerin dem Beklagten die Bezüge bis zum 1. Oktober 1923 nachzuzahlen. Die gegen dieses Urteil beim Reichsgericht eingelegte Revision der Klägerin ist erfolglos geblieben und zurückgewiesen worden. Aus den reichsgerichtlichen Entscheidungsründen hierzu: Das Oberlandesgericht geht zutreffend davon aus, daß entsprechend dem maßgeblichen Tarifvertrage die Klägerin nur „aus einem wichtigen Grunde“ dem Beklagten kündigen durfte. Diesen Grund erblickt es im Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse, der sie gezwungen habe, zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes Angestellte zu entlassen. Diese Auffassung läßt einen Rechtsirrtum nicht erkennen. Es muß vielmehr als zutreffend anerkannt werden, daß auch ein wirtschaftlicher Niedergang des Dienstberechtigten ein wichtiger, zur Kündigung berechtigender Grund sein kann. Natürlich nur unter besonderen Umständen. Denn grundsätzlich ist daran festzuhalten, daß die wirtschaftliche Gefahr des Unternehmens der Dienstberechtigte trägt, daß er deshalb auch nicht beugt ist, die ihm aus dieser Gefahr und ihren Folgen entstehende Schädigung dadurch zu beseitigen oder zu verringern, daß er sie durch Kündigung von Angestellten auf diese abwälzt. Nur eine ganz besondere Gestaltung seiner wirtschaftlichen Lage, etwa ein dem wirtschaftlichen Fortbestand ernstlich drohender Niedergang des Gesamtunternehmens kann somit die Kündigung wegen wichtigen Grundes statthaft machen. (Nachdruck verboten.)

### Schriftenschau

Die neuen Arbeitsgerichte. Vortrag, gehalten von Obermagistratsrat *B. Böhm*, ersten Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts der Stadt Berlin. Der bekannte Arbeitsrechtler behandelt in ihm in knapper, gründlicher Form eine Reihe der wichtigsten Fragen des Reichstages vorliegenden Arbeitsgerichtsgesetzes. Preis 50 Pf. Erhältlich in der Städtischen Druckerei Neudamm, Mathaus, Berliner Straße 64.

Amerikanische Gewerkschaftsbewegung. Bekanntlich hat eine Reihe deutscher Gewerkschaftsvertreter Amerika besucht, um die durch den Krieg zerfallenen Freundschaftsbänder mit dem amerikanischen Proletariat wieder zu knüpfen und organisatorische und soziale Erfahrungen und Forderungen auszutauschen. Dann galt es für unsere deutschen Vertreter, die Verhältnisse des wirtschaftlich glücklichen Amerika zu studieren. Das vorliegende Buch enthält das Ergebnis dieser Studien. Wir werden noch an anderer Stelle darauf zurückkommen. Preis brosch. 3,75 M. und in Ganzleinen gebunden 4,25 M. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. B. G., Berlin S 14, Inselstraße 6.

Wachen links. Flaggentritt und Kistenabfindung werden mit beiderseitiger Entschiedenheit, und noch viele andere Beiträge von bewährten Mitarbeitern machen die neue Nummer vom „Wachen links“ zu einer Fundgrube von Witz und Humor. Jede Nummer kostet 25 Pf. und ist zu beziehen durch alle Volksbuchhandlungen und Postanstalten oder direkt vom Verlag *F. G. W. Dieck* Nachfolger, Berlin SW 68.

### Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart  
Mit Sonntag dem 6. Juni ist der 24. Wochenbeirat für die Zeit vom 6. bis 12. Juni 1926 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Wegfall der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Waffen	10	10	5	5	28. Woche
Die Nichtbegleichung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.					
Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:					
Auf Antrag der Verwaltungstelle Stuttgart:					
Der Dreher <i>Friedrich Eberspächer</i> , geb. am 22. Juni 1860 zu Heilbronn, Mitgliedsbuch Nr. 3406865, wegen Streikbruch.					
Gestohlen wurde:					
Mitgliedsbuch Nr. 4422789, lautend auf den Schmied <i>Karl Müller</i> , geb. am 2. Juni 1890 zu Slechtorf. (Braunschweig.)					
Stuttgart, Rötestraße 16. Der Verbandsvorstand.					

### Zur Beachtung! Zutug ist fernzuhalten!

von Metallarbeitern aller Branchen nach Ratibor 2; von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambos) D.

R. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; M. = Mängel; A. = Aussperrung. Klagen zur Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

### Verbandsanzeigen

Reufalg (Ober). Geschäftsführer gesucht, der die Kassengeschäfte mit übernehmen muß. Bewerber müssen mindestens 5 Jahre Mitglied des DVB, agitatorisch befähigt und mit den Einrichtungen des Verbandes vertraut sein. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung und des Alters sind mit der Aufschrift „Reufalg“ bis zum 20. Juni an den zweiten Bevollmächtigten *Reufalg Kinner*, Reufalg (Ober), Wilhelmstr. 14, einzureichen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart, Rötestraße 16

### Die Unternehmer gegen die Krankenkasse

Der Kampf der Unternehmer gegen die sozialen Einrichtungen hat ein Stück weit nichts verloren, im Gegenteil. Das Bogen der Unternehmer gegen die Krankenkassen ist hauptsächlich demnach geschärft, nämlich durch die Entscheidung des Reichsgerichts, daß die Krankenkassen die Beiträge in Krankenkassen und Erhaltungskosten in der Höhe der Beiträge zu den Krankenkassen geben. Es sind gegen solche Entscheidungen nicht immer anzufechten, und so kann man sich heute noch keine Sorgen machen. Aber wenn eine Ortskrankenkasse etwas in eigene Verfassung nimmt und damit Unternehmen einpaßt, geht das Gesetz los. Die Maßnahmen der großen Ortskrankenkassen, Maßnahmen, Beiträge usw. in eigener Verfassung heranzuführen oder den Betrieb derselben zu übernehmen, haben auf diesen Widerstand bei den Unternehmern. In Düsseldorf hat im Januar dieses Jahres eine Kundgebung der Unternehmer gegen die